

Sarkozy will die Burka von der Straße verbannen, Verfassungsrichter legen sich quer.

Nicolas Sarkozy hat Frankreichs bürgerliches Regierungslager auf ein Gesetzesprojekt eingeschworen, das ein „breitest mögliches Verbot der Vollverschleierung“ vorsieht. Gemeint ist der gesamte öffentliche Raum, also auch die Straßen, und nicht bloß Ämter oder Bildungseinrichtungen.

Das aber widerspricht einer Warnung des höchsten juristischen Gremiums Frankreichs, des „Staatsrats“. Dieser hatte ein komplettes Verbot im öffentlichen Raum als verfassungswidrig bezeichnet, weil es der „persönlichen Autonomie“ zuwiderlaufe. Stattdessen hatte der Staatsrat unter Berufung auf die „öffentliche Sicherheit“ dafür plädiert, die bereits in öffentlichen Einrichtungen angewendeten Verbote der „Verbergung des Gesichts“ auszudehnen: etwa auf Verkehrsmittel aber auch Geschäfte und Freizeit-Einrichtungen.

Eine solche, ortsgebundene Vorgangsweise schien auch vielen Moslems akzeptabel. Moslemische Würdenträger hatten ebenfalls Unbehagen über die Burka oder Nikab (so die arabische Bezeichnung) geäußert. Sie hatten aber vor einer Stigmatisierung durch die Überbewertung eines Minderheitenphänomens gewarnt, zumal es, laut französischem Innenministerium, nur etwa 2000 Burka-Trägerinnen gebe.

Sarkozy hatte zwar bereits im Juni 2009 erklärt: „Die Burka ist auf dem Territorium der Republik nicht willkommen“. In den letzten Monaten schien aber auch er ein punktuelles Verbot vorzuziehen.

Dass Sarkozy jetzt ein Totalverbot ansteuert, hängt mit der Schlappe seiner Regierungspartei UMP bei den landesweiten Regionalwahlen im März zusammen. UMP-Politiker hatten ihm zugetragen, dass die Parteibasis wegen der Wirtschaftskrise der Regierungspolitik wenig Glauben schenke, dafür aber auf Parolen gegen Migration und Burka anspreche.

Sarkozy will konservative Kernwähler, die sich im März oft enthalten oder für die rechtsrechte „Front national“ gestimmt hatten, zurückgewinnen: dazu gehört sein Vorbreschen in Sachen Burka aber auch neue Ankündigungen punkto Jugendkriminalität. So versprach er die Streichung der Familienbeihilfe für

Eltern, deren Kinder Schule schwänzen. In Vororten häufen sich auch wieder spektakuläre Einsätze gegen Drogenbanden.

Die bereits überforderten Polizisten in Trabantenstädten befürchten freilich, etwaige Festnahmen von Burka-Trägerinnen könnten erst recht Unruhen provozieren.

DANNY LEDER, *PARIS*